

# Regierungsratsbeschluss

vom 21. Februar 2012

Nr. 2012/354

## E-Government-Strategie

---

### 1. Erwägungen

Der Bundesrat verabschiedete 2007 die E-Government-Strategie Schweiz. Dazu gehören der Katalog priorisierter Vorhaben und die Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz, die auch vom Kanton Solothurn unterzeichnet wurde (RRB-Nr. 2011/2565 vom 5. Dezember 2011).

Der Regierungsrat formulierte im Legislaturplan 2009-2013, dass ein Konzept für E-Government im Kanton erstellt werden soll. Zudem wird in der Wachstumsstrategie 2010 des Kantons Solothurn (RRB-Nr. 2010/2353 vom 14. Dezember 2010) die E-Government-Offensive als Schlüsselprojekt definiert.

Die vorliegende E-Government-Strategie dient als Grundlage für die Umsetzung von E-Government-Infrastrukturen und -Leistungen für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung. Die strategischen Zielsetzungen setzen die langfristige Orientierung der E-Government Aktivitäten der kantonalen Verwaltung fest:

- Die Voraussetzungen für E-Government sind geschaffen.
- Die Wirtschaft wickelt den Amtsverkehr elektronisch ab.
- Die Bevölkerung wickelt die wichtigsten Amtsgeschäfte elektronisch ab.
- Der verwaltungsinterne Geschäftsverkehr erfolgt elektronisch.
- Der Amtsverkehr zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden erfolgt elektronisch.
- Das Informationsangebot der Verwaltung ist vollständig elektronisch verfügbar, einfach zentral zugänglich und bedürfnisgerecht aufbereitet.

Die Strategie setzt zudem den organisatorischen Rahmen für die Umsetzung und integriert die Umsetzungsprozesse in die bestehenden Strukturen von IGV und der IT-Mehrjahresplanung des AIO. Sie wurde von der IGV geprüft und zur Umsetzung freigegeben.

## **2. Beschluss**

Die E-Government-Strategie wird beschlossen.



Andreas Eng  
Staatsschreiber

## **Beilagen**

E-Government-Strategie

## **Verteiler**

Regierungsrat (6)  
Departemente (5)  
Staatskanzlei (8)  
Amt für Finanzen  
Amt für Informatik  
IGV-Vertreter (7, Versand durch WYL)